



Humanitäre Katastrophe

Gesundheitssystem in der Ukraine ist kollabiert – Flüchtlinge müssen versorgt werden

Die russische Aggression in der Ukraine bedeutet unendliches Leid für die Menschen und ein Desaster für die Wirtschaft des Landes. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war keine Hoffnung auf baldige Normalität. Tausende Ukrainer sind mittlerweile auch nach Deutschland geflüchtet. Neben einem Dach über dem Kopf und der Versorgung mit Lebensmitteln und Alltäglichem brauchen sowohl die Geflüchteten als auch die Menschen in der Ukraine eine (zahn-)medizinische Versorgung.

Diejenigen, die in den belagerten und beschossenen Gebieten weiter durchhalten, sind abgeschnitten von der Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Strom und Heizung. Auch von einer funktionierenden medizinischen Versorgung kann schon lange nicht mehr die Rede sein. Das Gesundheitssystem der Ukraine befand sich bereits zwei Wochen nach Kriegsausbruch am Anschlag.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO und humanitäre Organisationen wie Ärzte der Welt sind alarmiert und fordern mit Nachdruck, die Attacken auf zivile Ziele in der Ukraine, vor allem auf Gesundheitseinrichtungen und Krankenhäuser, einzustellen. Nach Einschätzung der WHO lagen bereits in der zweiten Märzwoche Hunderte von Kliniken, Praxen und medizinische Anlaufstellen in Kampfzonen und in den bereits von Russland besetzten Regionen, berichtet das „Handelsblatt“. Die Menschen würden es wegen der Kampfhandlungen nicht mehr wagen, ihre Häuser oder die Notunterkünfte für eine medizinische Behandlung zu verlassen. Ähnliches gilt auch für das medizinische Fachpersonal. Bilder von hochschwangeren Frauen und Kranken, die man an einen halbwegs sicheren Ort bringen wollte, gingen durch die Medien. Ohnehin sind Medikamente und Ausrüstung absolute Mangelware. Neben Sauerstoff, Insulin, Betäubungsmitteln und Blutkonserven fehlt es auch an Schutzkleidung und OP-Bestecken. Laut WHO geht es nicht allein darum, die Lage vor Ort zu stabilisieren, sondern auch die Gesundheitsinfrastruktur in benachbarten Staaten sicherzustellen, in die sich inzwischen viele Ukrainer geflüchtet haben. Die Organisation Ärzte der Welt sieht dies ähnlich: „Sollte sich der Konflikt weiter verschärfen, droht ein Kollaps der medizinischen Versorgung“, warnt Direktor François De Keersmaeker.

Selbst in Russland gingen Mediziner schon auf die Barrikaden. „zm online“ berichtete von einem offenen Brief von rund 12 000 russischen Ärzten, Krankenschwestern und Sanitätern an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, in dem sie die Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine fordern.

„Wir, die russischen Ärzte, Krankenschwestern und Sanitäter, lehnen die Militäraktionen der russischen Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine entschieden ab. Wir sind nicht auf der Suche nach Schuldigen und verurteilen niemanden. Unsere Aufgabe ist es, Menschenleben zu retten. Es ist schwer vorstellbar, dass es einen menschlicheren Beruf als den des Arztes gibt. Und jetzt, in dieser für beide Länder schwierigen Zeit, rufen wir zu einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zur Lösung aller politischen Fragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln auf. Wie immer teilen wir die Menschen nicht in Freunde und Feinde ein. Wir haben geschworen, jedem Menschen zu helfen, unabhängig von seiner Nationalität, Religion oder politischen Einstellung. Doch heute ist unsere Hilfe nicht ausreichend.“

(Zitat aus „zm online“ vom 3.3.2022)

Halbwegs glücklich schätzen können sich dagegen die Ukrainer, die es nach Deutschland geschafft haben – die meisten von ihnen Frauen und Kinder. „Wir werden ihnen eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung anbieten“, erklärte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Mitte März mit Blick auf den nicht abbreißenden Flüchtlingsstrom und auf die Menschen, die nach wie vor in der Ukraine ausharren. Flüchtlinge wie auch Verletzte und Kranke

in den Kriegsregionen müssten (zahn-)medizinisch versorgt werden.

Bezüglich der Versorgung der Geflüchteten hat sich die KZVB unmittelbar nach Beginn des Ukraine-Konflikts mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem bayerischen Sozialministerium ausgetauscht und geklärt, wie die zahnmedizinische Versorgung sichergestellt werden kann. Dabei konnte man auf Erfahrungen von 2015 zurückgreifen – dem Jahr, in dem mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kamen.

Auch die Pandemie beeinflusst die Versorgung der Geflüchteten. Schätzungen zufolge ist ein Großteil von ihnen nicht gegen Corona geimpft, andere haben den wenig wirksamen chinesischen Sinovac-Impfstoff erhalten. Dieses Thema dürfe man, so Lauterbach, nicht außer Acht lassen. Obwohl die Pandemie zwar vorübergehend von der Sorge um das Geschehen in der Ukraine und den globalen Auswirkungen verdrängt wurde, grassiert sie weiterhin. Man werde daher allen Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland kämen, ausreichend Tests und Impfungen zur Verfügung stellen, hieß es aus dem Bundesgesundheitsministerium. Überdies sei angesichts des implodierenden Gesundheitswesens und desolaten hygienischen Verhältnissen auch noch mit möglichen weiteren Infektionskrankheiten zu rechnen. Über internationale Hilfsorganisationen unterstützt die Bundes-

regierung daher auch neben dem unbürokratischen Transport von Arznei- und Betäubungsmitteln den Einsatz freiwilliger Helfer, Zahnärzte und Ärzte aus Deutschland in der Ukraine.

Ingrid Scholz

HILFSWERK DER ZAHNÄRZTE

Um dringend benötigte Hilfsgüter, Nahrungsmittel, Medikamente, medizinische Materialien und vieles mehr besorgen zu können, rufen die Stiftung Hilfswerk Deutscher Zahnärzte (HDZ) und deren Schirmherrin, die Bundeszahnärztekammer, zu Spenden für die Ukraine auf:

Hilfswerk Deutscher Zahnärzte
 Deutsche Apotheker- und Ärztekbank
 IBAN: DE28 300 60601 000 4444 000
 BIC: DAAEDED3
 Stichwort: Ukraine

Eine Spendenbescheinigung wird bei genauer Adressangabe ausgestellt. Bis 300 Euro kann als vereinfachter Zuwendungsnachweis nach § 50 Abs. 2 EStDV der Kontoauszug vorgelegt werden.

Weitere Informationen unter stiftung-hdz.de.

ANZEIGE



KZVB digital
 Virtinare, Virti-Talk, Virti-Clip und Virti-Tipps

Damit Vertragszahnärztinnen und -zahnärzte bei den sich ständig verändernden Rahmenbedingungen ihrer Berufsausübung nicht den Überblick verlieren, informiert sie die KZVB unter anderem in den sogenannten Virti-Talks. Die nächsten Termine:

Virti-Talk XXL
 · 27. April, 13 bis 14:30 Uhr
 · 04. Mai, 13 bis 14:30 Uhr

Dr. Manfred Kinner und Dr. Rüdiger Schott werden bei den virtuellen Angeboten der KZVB von wechselnden Referenten unterstützt.

 Virtinare, Virti-Talk im Netz (unter anderem Anmeldung)
kzvb.de/praxisfuehrung/fortbildungstermine/virti-talk